

Kontakt

Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.

Kaiser Friedrich Ring 46

66740 Saarlouis

Telefon: 06831 - 4877938

Fax: 06831 - 4877939

fluechtlingsrat@asyl-saar.de

www.asyl-saar.de

Die aktuellen Büro-Öffnungszeiten sowie die Namen unserer Vorstandsmitglieder finden Sie auf unserer Website

Mitglieder

Neben vielen Einzelpersonen sind folgende Organisationen und Vereine Mitglied im SFR:

- Aktion 3. Welt Saar e.V.
- BDKJ – Bund der deutschen katholischen Jugend im Bistum Trier
- DAJC – Deutsch-Ausländischer Jugendclub, Saarbrücken
- Kurdisches Gesellschaftszentrum Saar
- Pax Christi Saar
- VfS - Verein für Sozialpsychiatrie, Saarlouis
- Zwei ehemalige Unterstützerkreise für zwei abgeschobene kurdische Familien

Spenden

Kreissparkasse Saarlouis

B L Z 5 9 3 5 0110

Kto-Nr. 200630986

IBAN: DE14 5935 0110 0200 6309 86

BIC: KRSAD55XXX

Eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung kann auf Wunsch ausgestellt werden.

Keine Abschiebungen aus dem Saarland nach Afghanistan

Gab es lange Zeit einen faktischen Abschiebestopp nach Afghanistan, so stehen Abschiebungen dorthin wieder ganz oben auf der Tagesordnung. Doch wer nicht vollkommen dem aktuellen Abschiebewahn verfallen ist, weiß, dass Afghanistan nicht sicher ist. Nirgends. Tatsache ist: Große Teile des Landes werden von der islamistischen Taliban kontrolliert und auch 2017 werden in Afghanistan NATO und Bundeswehr stationiert sein. Die Infrastruktur des Landes ist weitestgehend zerstört und das politische System von Korruption und der Scharia geprägt. Das deutsche Außenministerium warnt vor Reisen nach Afghanistan und Innenminister de Maiziere bewegt sich nur in gepanzerten Fahrzeugen und mit Schutzhelm und Schutzweste in Kabul, aber das Land soll in Teilen sicher sein.

Innenminister De Maiziere am 22.02.2017 in den Tagesthemen: „Die normale zivile Bevölkerung ist zwar Opfer, aber nicht Ziel der Anschläge von Taliban. Und das ist ein großer Unterschied.“ Zynischer geht's wohl nicht. Der Saarländische Flüchtlingsrat erwartet von der Saarländischen Landesregierung, dass sie sich nicht mehr an Abschiebungen nach Afghanistan beteiligt und fordert für alle Flüchtlinge aus Afghanistan eine Bleibeperspektive.



Abschiebungen stoppen
Bleiberecht durchsetzen



Abschiebungen haben Konjunktur. Die Weichen dafür wurden im November 2016 auf der Innenministerkonferenz in Saarbrücken gestellt. Im Februar 2017 erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel Abschiebungen sogar zu einer „nationalen Kraftanstrengung“. Betroffen sind abgelehnte Asylsuchende genauso wie Flüchtlinge, die in einem anderen EU-Land bereits einen Schutzstatus erhalten haben bzw. dort registriert wurden (Stichwort: EU-Verordnung „Dublin III“). Betroffen sind zukünftig weiterhin eine Vielzahl von Flüchtlingen, denen der Staat schon vorab eine mangelhafte Bleibeperspektive unterstellt, da sie aus so genannten sicheren Herkunftsländern kommen. Den Geflüchteten drohen Eilverfahren, pauschale Ablehnung und eine rasche Abschiebung. Das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ ignoriert oder bagatellisiert die Gründe der Flucht und hebt das Asylrecht regelrecht aus.

Willkommenskultur war gestern

Nach dem „Sommer der Migration“ 2015 wurde Schritt für Schritt die Balkanroute geschlossen und der EU-Türkei-Deal unter Dach und Fach gebracht, während innenpolitisch die Asylgesetze sukzessive verschärft wurden. Insoweit gilt: Willkommenskultur war gestern. Die Zeichen stehen wieder vermehrt auf Abwehr und Abschottung, auf Begrenzung und Kontrolle der Zuwanderung. So will es die Bundesregierung, die Saarländische Landesregierung und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), mitgetragen von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung.

„Wir können ja nicht die ganze Welt aufnehmen.“ Auch die ständige Wiederholung macht

dieses Argument nicht besser. Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die allerwenigsten davon suchen den Weg nach Europa; die meisten sind Binnenflüchtlinge und die Zahl derer, die Deutschland überhaupt erreichen, liegt aktuell unter einem Prozent.

Es ist die Zeit der Populisten und der großen Koalition der Abschieber

„Sammelabschiebungen mit gerade mal 20 Leuten sind ein Witz“.

(bayrische Finanzminister Markus Söder, CSU)

„Kriminelle Asylbewerber in ihre Heimat zurückschicken“.

(Außenminister Sigmar Gabriel, SPD)

„Wer illegal über die Grenze gekommen ist, der sollte ein Angebot bekommen, freiwillig zurückzugehen. Wenn er dieses Angebot nicht annimmt, bleibt nur die Abschiebung.“

(Oskar Lafontaine, Die Linke)

„Die freiwillige Rückführung klappt erstaunlich gut. Auch die Abschiebung funktioniert - sie dauert nur viel zu lange.“

(baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Die Grünen).

Diese Rhetorik von links bis rechts und die entsprechende harte Haltung sollen allen Betroffenen signalisieren: *„Du bist hier unerwünscht, raus aus dem Land.“* Auch im Saarland ist der Wille zu Abschiebungen groß. Im letzten Jahr ordnete Innenminister Bouillon sogar mehrere Abschiebungen an, obwohl das Verfahren der Betroffenen bei der Härtefallkommission noch gar nicht abgeschlossen war.

Solidarität statt Ausgrenzung:

Abschiebungen sind Alltag in Deutschland und mehr denn je ein wesentlicher Bestandteil hiesiger Flüchtlingspolitik. Abschiebungen werden der Öffentlichkeit als Durchsetzung von Recht und Ordnung und spätestens seit dem islamistischen Anschlag am 19. Dezember 2016 in Berlin auch als sicherheitspolitische Notwendigkeit verkauft. Doch Abschiebungen sind unmenschlich und traumatisierend. Abschiebungen zerstören Existenzen und reißen Menschen aus ihren Lebenszusammenhängen. Schon deswegen lehnt der Saarländische Flüchtlingsrat Abschiebungen grundsätzlich ab. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass jeder Mensch das Recht und die Freiheit hat, über den eigenen Lebensweg zu entscheiden.

Jede Flucht ist ein Verweis auf die krisenhafte Entwicklung der Welt und die Zerstörung von Lebensgrundlagen. Abschottung und Abschiebungen lösen keine Probleme, schaffen aber neue, indem sie nicht an den Fluchtursachen ansetzen, sondern diejenigen ins Visier nehmen, die flüchten mussten. Und so lässt sich der deutsche Staat die Unmenschlichkeit auch noch richtig was kosten. Denn der aufgeblähte und für Abschiebungen notwendige Verwaltungs- und Polizeiapparat inklusive Abschiebegefängnisse, Rückkehrberatung und Sammelabschiebungen per Flugzeug will gefüttert werden.

Statt einer Politik, die fantasielos auf immer mehr Abschiebungen setzt, fordert der Saarländische Flüchtlingsrat ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge: Wer hier ist, soll bleiben dürfen.